

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/52

Bonn, den 17. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Vilshofen - ein Symbol

38

Von Waldemar von Knoeringen

Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

2

Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten :

47

Nach der Demolierung der deutschen Botschaft in Bagdad

3

Dänisch-deutsche Minderheitenregelung in Sicht

53

Vorbildliche Toleranz

4

Das Gnadenrecht und Freiherr von Ruffin

42

Merkwürdige Justizentscheidung in Kiel

5 - 6

Amerikas Hochschulen haben es besser (II und Schluß)

95

Von Dr. Michael Fulgraaf

+ + +

Vilshofen - ein Symbol

Von Waldemar von Knoeringen

Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Der letzte Sonntag wird als "Schwarzer Sonntag" in die Parteiannalen der CSU eingehen: Vilshofen, die christlich-soziale Hochburg im Kernland Niederbayern, ist gefallen. Fast 61 Prozent der Einwohner wählten einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zum Bürgermeister.

- * Vor fünf Jahren wurde der frühere CSU-Bürgermeister von Vilshofen
- * mit der eindrucksvollen Mehrheit von 71 Prozent der abgegebenen
- * Stimmen gewählt. Die Differenz zwischen dem damaligen Sieger und
- * dem diesjährigen Verlierer beträgt also rund 32 Prozent!

Vilshofen ist eine kleine Stadt. Es sind viele kleine Städte in Bayern, die mittlerweile eine sozialdemokratische Mehrheit haben. Aber Vilshofen ist ein Symbol, dazu gemacht von den konservativen Kräften des Landes, von CSU und Bayernpartei. Baumgartners flammender Separatismus, jeweils am Aschermittwoch in den bierdunstgeschwängerten Saal geschlendert, gehört zwar längst der Vergangenheit an. Aber die CSU hat die Tradition fortgesetzt. Mit ihrem Vorsitzenden als Festredner ganz persönlich.

Noch am 3. März, dem diesjährigen Aschermittwoch, schien alles in bester Ordnung. Franz Josef Strauß bekam den gewohnten tosenden Beifall, ein Fernsichteam wurde abgewiesen, weil es aus dem Straußfeindlichen Hamburg kam, der CSU-Bundestagsabgeordnete Unerl glänzte in der ihm eigenen landverbundenen Art als Hausherr von Vilshofen und Umgebung. Ein ideales Pflaster für den CSU-Bürgermeisterkandidaten und CSU-Ortsvorsitzenden, sollte man meinen. Auch die Kanzel in Vilshofen bewies weite Distanz zu Rom und dem Geist des Konzils. Alles schien wohlgeordnet. Eine Routinewahl gewissermaßen. In Treue fest zur CSU, wie es sich für Vilshofen gehört.

Dann kam der Schwarze Sonntag. Ein sozialdemokratisches Vilshofen.

Doch alles hat seine natürliche Ursachen. Man wird lange brüten in der CSU-Landesleitung über diesen schweren Schlag. Man tut gut daran.

- * Keine Unbilden des Schicksals setzten Vilshofen auf das CSU-Verlustkonto, sondern die bessere Politik der SPD, der bessere Mann
- * und die Einsicht der Bevölkerung in diese bessere Politik. Nächstes
- * Jahr ist wieder ein Aschermittwoch. Aber ein Sozialdemokrat wird
- * dann als Bürgermeister die prominenten Gäste seiner Stadt willkommen heißen.

Die SPD sieht im Wahlergebnis von Vilshofen eine Bestätigung ihrer Arbeit und ein neues Anzeichen für die große Wende in der bayerischen und deutschen Politik. Der September wird es offenkundig machen.

Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten !

Nach der Demolierung der deutschen Botschaft in Bagdad

G.M. - Die Demolierung der deutschen Botschaft in Bagdad hat in der Presse unseres Landes mit Recht scharfe Proteste und Kommentare ausgelöst. Auch das Verhalten von Nasser und einiger seiner Freunde wird zu Recht scharf kritisiert.

Nun schleicht sich aber in diese Kommentare und Proteste gelegentlich ein Ton ein, der befürchten läßt, daß mancherorts das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden soll. Während man uns in den vergangenen Jahren mit Redensarten wie "Die traditionelle deutsch-arabische Freundschaft" weis machen wollte, nichts könne das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten trüben, fällt man jetzt Kollektivurteile über "die Araber".

Das Eine war so falsch wie das Andere es ist. Die vielbesungene "traditionelle deutsch-arabische Freundschaft" geisterte - leider ! - meist in jenen Köpfen herum, die sich noch allzu gut an die Freundschaft des Großmufti von Jerusalem mit Adolf Hitler erinnern; eine Freundschaft, die im wesentlichen auf einem gemeinsamen Antisemitismus und einem gemeinsamen Antiengländertum beruhte. Bei anderen sind es Erinnerungen an die Lektüre von Karl May. Vielfach wurde aber auch die tatsächlich vorhandene traditionelle Freundschaft zu arabischen Völkern mit jenem guten Einvernehmen verwechselt, das Deutschland schon seit Beginn dieses Jahrhunderts mit der Türkei verbindet.

Was jetzt hier gelegentlich zum Ausdruck kommt und sich in Anschuldigungen gegen "die Araber" überschlägt, läßt die Tatsache außer Acht, daß Marokko, Tunis und Libyen keineswegs gewillt zu sein scheinen, die hysterischen Reaktionen Nassers auf die Anbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gutzuheißen.

Außerdem: Als Nasser vor zehn Jahren auf dem Höhepunkt der Suez-Krise die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und England abbrach und französisches sowie britisches Eigentum in Ägypten zerstört wurde, gingen die Wogen der Empörung am Nil hoch höher als sie jetzt gegen die Bundesrepublik fluten. Franzosen und Briten bewahrten die Ruhe. Die wildesten Proteste arabischer Nationalisten hinderten weder Paris noch London daran, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Ägypten zwar vorsichtig, aber doch mit aller Bestimmtheit, aufrecht zu erhalten. Es wurden keine verallgemeinernden Verdammungsurteile gefällt, und nur wenige Monate später konnten die in einer Situation der Hochspannung entstandenen Protestaktionen als erledigt betrachtet werden. Paris und London richteten in Kairo wieder ihre Botschaften ein, und wie man hört, haben französische und britische Industrielle gerade jetzt Vorbereitungen getroffen, um sich unauffällig an die Stelle der vielleicht abwandernden Deutschen zu setzen.

Aufregung ist kein Programm und ersetzt noch lange keine gute Nahost-Politik. Sollte der Bruch unumgänglich sein, wird man ihn nur ohne noch größere Scherbenhäufen überstehen, wenn an die Stelle hektischer Betriebsamkeit eine zielbewußte und umsichtige Diplomatie gesetzt wird.

Dänisch-deutsche Minderheitenregelung in Sicht

Vorbildliche Toleranz

sp. - In der beiderseitigen Minderheiten-Politik Dänemarks und der Bundesrepublik bietet sich eine weitere gute Lösung an. Der dänische Staatsminister, der Sozialdemokrat Jens Otto Krag, hat der Minderheit der Deutschen eine Lösung vorgeschlagen, die von ihr akzeptiert worden ist. Eine Parallel-Regelung steht beim Deutschen Bundestag in Bonn an.

Als die deutsche Minderheit Dänemarks im vergangenen Herbst bei der Reichstagswahl kein Mandat mehr erobern konnte, plädierte sie für eine anders geartete Vertretung in Kopenhagen. Krag schlug ihr einen Parlamentsausschuß vor, in dem sie mit drei Vertretern sitzen sollte. Dem Ausschuß unter Krag sollen je zwei Abgeordnete der dänischen Parteien angehören. Der Ausschuß soll mindestens zweimal jährlich zusammentreten (nach Wunsch der Minderheit öfter) um Fragen, die sie berühren, zu regeln.

Die Minderheit hat ihre drei Vertreter für den Kopenhagener Ausschuß benannt. Der damalige Folketings-Kandidat - einer von dreien - Jef Blume, ein ehemaliger SS-Offizier, befindet sich nicht mehr darunter. Es ist auch nicht zur Einrichtung eines ständigen Minderheitensekretariats gekommen, für die man Generalsekretär Rudolf Stehr vorgesehen hatte, der ein ähnliches Amt schon in der nationalsozialistischen Zeit ausübte. Es wird allem Anschein nach auch nicht zu einer Änderung des dänischen Wahlgesetzes kommen, das der deutschen Minderheit die Rückkehr in den Reichstag ermöglicht.

Für die dänische Minderheit aus Schleswig-Holstein stehen die Besprechungen bei Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier bevor. Die Parallellösung ist damit in Sicht. Möglicherweise wird sie darin bestehen, einen Unterausschuß des Bundestags-Innenausschusses zu schaffen, in dem zwei Vertreter der dänischen Minderheit neben den Bundestagsabgeordneten der politischen Parteien vertreten sind. Daneben ist die dänische Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag durch den Abgeordneten Berthold Bahnsen vertreten. Ihre Stärke dürfte ausreichen, um dieses Mandat auch bei der nächsten Landtagswahl im Frühjahr 1967 wiederzubekommen.

Ein Problem, das für die dänische Minderheit in Bonn ansteht, betrifft die Wiedergutmachung. Bisher ist Angehörigen der Minderheit, die in der nationalsozialistischen Zeit für das Dänentum eintraten und in das Konzentrationslager kamen oder geschäftlich geschädigt wurden, noch nicht geregelt.

Die gute Grenzlandpolitik und die große Toleranz gegenüber den Minderheiten begann bereits 1950. Damals kam es zu ersten Gesprächen zwischen dem sozialdemokratischen Regierungschef Schleswig-Holsteins, Bruno Diekmann, und dem dänischen Staatsminister Hans Hedtoft. Später wurden die Minderheiten-Protokolle in Bonn und Kopenhagen unterzeichnet. Man bekräftigte sich gegenseitig die große Toleranz. - In Schleswig-Holstein fiel die Fünf-Prozent-Sperrklausel für die dänische Minderheit. Sie kann jetzt mit 25 000 Stimmen leicht in den Landtag in Kiel kommen. Die deutsche Minderheit in Dänemark schafft es mit ihren knapp 9.000 Stimmen kaum noch. Das dänische Wahlgesetz mit den Großwahlkreisen ist wesentlich komplizierter als das deutsche. Vielleicht findet man aber in Kopenhagen doch noch einen Weg, der der deutschen Minderheit die Chance für ein Reichstagsmandat zu geben, das jahrelang der Abgeordnete Schmidt-Oxbüll für die deutschen Nord-schleswiger innehatte.

Das Gnadenrecht und Freiherr von Ruffin

Merkwürdige Justizentscheidung in Kiel

kg - In Kiel hat es eine Justizentscheidung gegeben, die nicht nur in Deutschland Kopfschütteln verursacht. Justizminister Dr. Bernhard L o v e r e n z (FDP) machte von dem Gnadenrecht in einer Form Gebrauch, die es nach 1945 in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Er setzte den wegen Totschlags zu 18 Monaten Gefängnis verurteilten Franz Freiherr von R u f f i n nach fünf Monaten wieder auf freien Fuß. Dabei ist eine Gnadenentscheidung weder anfechtbar noch gerichtlich nachprüfbar.

Freiherr von Ruffin, Großgrundbesitzer im Herzogtum Lauenburg, wurde im August 1960 in Lübeck wegen Totschlags verurteilt. Das Urteil wurde durch den Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Westberlin in jeder Form bestätigt. Freiherr von Ruffin hatte im April 1945 in der Tschechoslowakei den Stabsfeldwebel Hubert K l ü g e l ohne Kriegsgerichtsverhandlung von der Mannschaft eines Feldgeschützes auf einem Stoppelfeld erschießen lassen. Klügel war mit zwei Nachbarn gut 200 Meter von der befohlenen Stellung weggegangen, weil er einen Flankenangriff starker russischer Kräfte vermutete. Ruffin ließ ihn kommen und als Dienstältesten erschießen. Der Baron wurde verurteilt, weil kein Befehlsnotstand vorlag, der Führerbefehl zur Aufrechterhaltung von Manneszucht nicht anwendbar war, ein Kriegsgericht hätte sofort herbeigerufen werden können und eine Bestätigung der Division nicht gegeben wurde.

Die schleswig-holsteinische Justiz brachte es fertig, den von Ruffin vom Urteil bis Ende September letzten Jahres, also über vier Jahre lang, auf freiem Fuß zu lassen. Er bekam Strafaufschub wegen Erntearbeiten. Er brauchte nicht ins Gefängnis, weil Gnadengesuche geprüft werden mußten. Er konnte in Freiheit für die Wiederaufnahmeverfahren streiten. Man billigte ihm Chancen zu, die praktisch sonst kein rechtskräftig Verurteilter gewährt bekommt.

Als die Öffentlichkeit dann endlich im letzten Herbst hellwach wurde, entschloß sich der für den erkrankten Leverenz amtierende Finanzminister Q u a l e n (FDP), die Gnadengesuche prominenter Leute abzulehnen und den Freiherrn ins Gefängnis zu schicken. Aber schon zum ersten März, fünf Monate später, setzte Justizminister Leverenz den milde verurteilten Mann nach fünfmonatiger Gefängnisstrafe wieder auf freien Fuß.

Dabei hat der Justizminister von Schleswig-Holstein bisher öffentlich nicht erklärt, was ihn zu diesem Schritt veranlaßt hat. Teilete doch sein Ministerium mit, das damalige Urteil sei richtig und rechtlich, und von Ruffin müsse einen beachtlichen Teil der Strafe verbüßen. Nach dem Strafgesetzbuch müssen auch bei guter Führung immer noch zwei Drittel der Strafe abgesessen werden.

Amerikas Hochschulen haben es besser (II und Schluß)

Von Dr. Michael Fulgraff

Studiengebühren

Ebenso verschieden sind die Studiengebühren, wo der Spielraum von 0 - 1 900 Dollar (DM 7 600) pro Student und Jahr reicht. Dabei handelt es sich um reine Hochschulgebühren ohne Wohnung, Lebensunterhalt und Bücher. Auch die Staatsuniversitäten sind nicht gebührenfrei, doch sind die Gebühren relativ niedrig.

Von allen Hochschulen werden Stipendien und Studiendarlehen, meist aus privaten Mitteln, vergeben. Es ist Ehrensache, daß jeder ehemalige Student, der ein Stipendium hatte, wenn er im Berufsleben steht, seiner Hochschule seinerseits den Betrag für mindestens ein Stipendium stiftet.

Der Etat einer amerikanischen Universität erreicht denn auch für deutsche Verhältnisse geradezu astronomische Höhen. Die Gesamtsumme überstieg z.B. in dem von der Columbia Universität für 1964 veröffentlichten Bericht den Betrag von 97 Millionen Dollar (388 Millionen DM) bei einer Studentenzahl von 16 000. Auf der Einnahmeseite standen ca. 45 Millionen Dollar (180 Millionen DM) aus Mitteln der Bundesregierung, die für spezielle Forschungsvorhaben gebunden waren, 20 Millionen aus Studiengebühren, über 12 Millionen aus privaten Spenden, und weitere 12 Millionen waren Einkünfte aus dem eigenen riesigen Vermögen der Universität, um nur die wichtigsten Quellen zu nennen. Das Vermögen der Universität besteht zum Teil aus Häusern und Immobilien, zum Teil aus Aktien und Investmentzertifikaten. Bei diesen Summen ist es nicht mehr verwunderlich, daß in allen Fächern ausgezeichnete Lehr- und Forschungsmöglichkeiten bestehen, daß die Bibliothek 3,5 Millionen Bände umfaßt, daß ein Drittel der Studenten Stipendien oder Studiendarlehen erhält, daß die Universität eine eigene Rundfunkanstalt unterhält, und daß in jedem Jahr neue Gebäude errichtet werden. So wurde 1964 für 8,5 Millionen Dollar ein neues Gebäude für Wirtschaftswissenschaft gebaut ebenso wie Wohnblocks für Professoren und verheiratete Studenten. Dabei sei nicht übersehen, daß Columbia nur eine von mehreren Universitäten in der Stadt New York ist.

Professorengehälter

Die gesunde finanzielle Basis dieser Universität schlägt sich natürlich auch nieder in den Bezügen der Mitglieder des Lehrkörpers. Das Mindestgehalt eines ordentlichen Professors beträgt zur Zeit jährlich 14 000 Dollar (56 000 DM), das durchschnittliche Gehalt sogar 17 000 (68 000 DM) pro Jahr. Auch die übrigen Bezüge sind entsprechend. So erhalten die unseren außerplanmäßigen Professoren entsprechenden Universitätslehrer mindestens 10 250 Dollar (41 000 DM) und die unseren Assistenten und Dozenten entsprechenden zwischen 6 500 und 9 500 Dollar (26 000 - 38 000 DM) pro Jahr. Ich wage nicht, die deutschen Zahlen, besonders für die letztgenannten Gruppen anzuführen. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß zwischen den einzelnen Universitäten ebenso wie zwischen den einzelnen Fakultäten große Unterschiede im Gehaltsniveau bestehen. Die Columbia Universität liegt mit ihren Gehältern etwa an 5. Stelle unter allen amerikanischen Universitäten.

Universitäten und Öffentlichkeit

Die Anerkennung der Universitäten durch die Öffentlichkeit, die sich nicht zuletzt in der Spendenhöhe und den Regierungsgeldern ausdrückt, war nicht immer gegeben. Vor dem Krieg waren die Hochschulen im Gegenteil von der Öffentlichkeit vernachlässigt, und ein Professor galt als ein Mann, der es offenbar im rauhen Geschäftsleben zu nichts bringen konnte und daher das ruhige Leben in der Wissenschaft mit damals relativ kleinen Gehältern vorzog. Das änderte sich schlagartig, als während des zweiten Weltkrieges Wissenschaftler in großer Zahl, vor allem Sozialwissenschaftler, Naturwissenschaftler und Techniker gebraucht wurden. Durch den ungeheuren Fortschritt der Wissenschaft in der Nachkriegszeit gewannen die Professoren aller Fachrichtungen weiter an Ansehen und Prestige. Außerdem wurden akademisch ausgebildete Führungskräfte in Regierung, Finanz und Industrie in viel größerem Masse gebraucht.

Schon vorher hatte sich unter vorwiegend deutschem Einfluß eine Wendung von einem mehr der Lehre gewidmeten Collegesystem zum zugleich forschendem Universitätssystem vollzogen, was einen zusätzlichen Anreiz für die wissenschaftliche Laufbahn bedeutete. Dennoch ist es auch heute, im Gegensatz zu Deutschland, für die Karriere eines jungen Wissenschaftlers mindestens ebenso wichtig, ein guter Lehrer wie auch ein guter Forscher zu sein.

Kein Mangel an Lehrkräften

Die Lehrkörper amerikanischer Universitäten sind im Vergleich zur Zahl der Studenten erstaunlich hoch. Trotz des dadurch viel größeren Bedarfs an qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs haben die amerikanischen Hochschulen damit keine Not. Ein junger Wissenschaftler, der im allgemeinen im Alter von 25 - 28 Jahren seinen Doktorgrad, den "ph.d." erwirbt und in der wissenschaftlichen Laufbahn bleibt, kann damit rechnen, je nach Fach und Universität, nach ein bis drei Jahren Instructor oder Assistent-Professor und damit volles Mitglied der Fakultät zu werden. Er entscheidet etwa über Berufungen ebenso mit wie ein ordentlicher Professor und hat volle Freiheit in seiner Forschungstätigkeit. Neben den Gehältern, die trotz ihrer für uns beeindruckenden Höhe nicht ganz mit der Industrie konkurrieren können, ist diese frühe Freiheit und Unabhängigkeit ein wesentlicher Anziehungspunkt für begabte Studenten, an der amerikanischen Hochschule als Lehrer zu bleiben.

Stürmische Aufwärtsentwicklung

Trotz der Zahl von über 4,5 Millionen jungen Menschen, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten ihre akademische Ausbildung erhalten, sind die amerikanischen Hochschulen in stürmischer Ausdehnung begriffen. Allein im Staat Florida wurden oder werden zur Zeit vier neue komplette Staatsuniversitäten errichtet, wodurch 135 500 Studenten statt bisher 40 000 an dortigen staatlichen Hochschulen studieren können. Offizielle Schätzungen rechnen damit, daß die Zahl der Studenten in den nächsten Jahren von 4,5 Millionen auf 6 - 7 Millionen steigen wird. Jeder dazu fähige junge Mensch soll eine akademische Ausbildung erhalten, und es werden bereits Pläne erwogen, die derzeit bestehende 12jährige Schulpflicht bis zum Alter von 21 Jahren auszudehnen. Der Vizepräsident der Columbia Universität, Dr. Lawrence H. Chamberlain, betonte dazu kürzlich in einem Vortrag, daß in der heutigen Überflugsellschaft die Hochschulbildung für a l l e jungen Menschen möglich sein müsse, nicht damit sie mehr Geld verdienen in ihren Berufen, sondern, um ihr Leben, in dem sie mehr und mehr Freizeit haben werden, zu bereichern.